

Bis hierhin – aber wie weiter?

Der Kampf gegen Rechts in der Bundesrepublik Deutschland

Mai 1945. Deutschland liegt in Trümmern. Millionen Deutsche stehen nicht nur vor den Schuttbergen dessen, was einst Städte waren. Sie blicken auch auf ihre eigenen moralischen und menschlichen Trümmer. Sie haben das Vernichtungswerk des Nationalsozialismus, das Millionen mit industrieller Kälte ermordete und weitere Millionen Kriegstote produzierte, nicht aufgehoben. Viele haben sich sogar daran beteiligt. Erschütterung, Scham, Entsetzen machen sich breit – und der Gedanke: "Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" Nicht nur für die neuformierte SPD ist klar, dass ein neuer deutscher Staat eine "antifaschistisch-demokratische Republik" sein muss, wie es ihr Berliner Zentralkomitee im Juni 1945 formuliert.

18. Januar 2024. Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher, Sozialdemokrat, steht vor 80.000 Menschen, die sich in der Winterkälte versammelt haben: "Vor wenigen Tagen mussten wir erfahren, dass Rechtsradikale in Deutschland einen Umsturz und eine systematische Vertreibung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes planen", sagt er und ruft der Menge zu: "Nie Wieder!" Auch in anderen Städten skandieren Hunderttausende: "Nie wieder! Die "Rechtsradikalen" mit ihren Deportationsphantasien, von denen Tschentscher spricht, sitzen indes bereits in fast allen Parlamenten, und ihre Umfragewerte steigen von Monat zu Monat. Wie konnte das, fast 80 Jahre später, passieren? In einer Republik, die eine akribische Vergangenheitsbewältigung betrieben hatte, in der Generationen von Schülern über die Verbrechen der Nationalsozialisten aufgeklärt worden waren, in der Jahr für Jahr öffentlich der Opfer gedacht wurde? Fragen, die in diesen Wochen Millionen Deutsche miteinander diskutieren.

Die Ratlosigkeit ist mit Händen zu greifen. Doch für die Rückkehr der Rechten gibt es Gründe. Sie ist kein Unfall.

1949 ff. – die verpasste Chance

Schon am 23. Mai 1949, als die West-Bundesrepublik gegründet wird, ist von einer explizit "antifaschistisch-demokratischen Republik" nicht mehr die Rede.

Der Vorsitzende des Parlamentarischen Rates der westlichen Besatzungszonen, Konrad Adenauer, beschwört schlicht ein "neues Deutschland". "Für Antifaschismus als Staatsräson gab es damals keine politische Mehrheit", sagt die Politikwissenschaftlerin Nicole Deitelhoff.

Sicher, die ersten 19 Artikel des neuen Grundgesetzes sichern für alle Menschen die Grundrechte. Als Bollwerk gegen jede faschistische Ideologie. Doch der Kalte Krieg setzt bereits andere Prioritäten. 1951 wird die von den Alliierten eingesetzte Entnazifizierung der westdeutschen Gesellschaft beendet. [Die neue West-Bundesrepublik will auf die fachliche Expertise auch von Tausenden Nazi-Juristen und -Verwaltungsmitarbeitern beim Wiederaufbau nicht verzichten](#). Der östliche Teil, die DDR, erhebt den Antifaschismus zwar zur Staatsräson. Doch bleibt der eine Tautologie, weil Sozialisten per definitionem Antifaschisten sind.

Natürlich haben sich die Millionen Anhänger der einstigen NSDAP nicht in Luft aufgelöst. Einige zeigen gewiss ehrliche Reue, viele bleiben einfach unauffällig. Was nicht schwerfällt: Das "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch Milliarden Dollar aus den USA und die Streichung umfangreicher Reparationszahlungen auf der Londoner Schuldenkonferenz 1952, beschert den Westdeutschen unerwartet schnell Wohlstand.

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus überläßt man derweil Historikern, Juristen und Lehrern. Die Generalabrechnung kommt mit den 68ern – die Generation der Kriegskinder verlangt Rechenschaft von Eltern und Großeltern, der ehemalige Widerstandskämpfer Willy Brandt wird sozialdemokratischer Bundeskanzler, die westdeutsche Republik rückt nach links. Als Gefahr für die Demokratie gilt allenfalls die Rote Armee Fraktion, die in den siebziger Jahren bombt und mordet. Aber rechtsaußen? Da ist außer einigen unbelehrbaren Ewiggestrigen nichts mehr. Oder?

Zwar hat die 1964 gegründete rechtsextreme NPD die Bundesrepublik kurz aufgescheucht, als sie bis 1969 in sieben Landtage einzieht. Ihr Erfolg ist eine Reaktion auf die "Gastarbeiter", ohne die das Wirtschaftswunder nicht zu stemmen ist, die aber für einige Westdeutsche offenbar eine wie auch immer geartete Bedrohung darstellen. Doch der Spuk scheint vorbei, als die NPD bei den Folgewahlen wieder aus den Parlamenten fliegt. Achselzuckend nimmt die westdeutsche Gesellschaft zur Kenntnis, dass etwa ein Zehntel der Bevölkerung in Umfragen ein geschlossen rechtsextremes Weltbild offenbart – antisemitisch, rassistisch, völkisch. Ein brauner Bodensatz, der irgendwann wegsterben wird, denken viele. Wird er aber nicht: Der Anteil bleibt bis heute konstant.

1970er – die doppelte Neuerfindung der Rechten

Weitgehend unbemerkt vom Zeitgeist der Siebziger, der vom kulturellen Aufbruch der Neuen Linken geprägt ist, wächst allerdings eine neue Generation von Rechtsextremen nach. Ihre Vordenker sind der Franzose Alain de Benoist, der Deutsche Henning Eichberger, der Schweizer Armin Mohler. Sie schreiben Pamphlete für eine *Nouvelle Droite*, für eine Neue Rechte, die mit argumentativen Kniffen versucht, den Nationalsozialismus als Verirrung darzustellen. Mohler erfindet eine Traditionslinie zu den nationalistischen "Jungkonservativen" der Weimarer Republik, die vom Nationalsozialismus ebenso auf dem falschen Fuße erwischt worden seien wie der Rest. Anders als etwa die NPD setzen sie auf "Metapolitik". Ihr Ziel sind nicht Parlamentssitze, sie verstehen sich als eine neurechte intellektuelle Elite, die langfristig in das Denken der Menschen eindringen will. Es geht ihr um nationale Identität und Abkehr von einer amerikanisch geprägten "Dekadenz".

Und noch eine weitere rechtskonservative Strömung formiert sich, die der französische Philosoph Gregoire Chamayou in seinem Buch "Die unregierbare Gesellschaft" nachgezeichnet hat. Sie stört sich nicht an "zu vielen Ausländern" wie die Altrechten, an vermeintlicher Dekadenz und Identitätsverlust wie die Neurechten. Ihr ist der moderne Sozialstaat ein Dorn im Auge, ein Abfall von der reinen Lehre des Marktes. Der starke soziale Staat mache die westlichen Gesellschaften zunehmend unregierbar, glauben die neuen Liberalen, weil er versuche, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Prominentester Vertreter ist der Ökonom Friedrich Hayek. Er reist in den 1970ern durch die Welt, um Putschisten wie dem chilenischen Diktator Augusto Pinochet die Hand zu schütteln und beim Aufbau einer neoliberalen Wirtschaftsordnung zu helfen – möglichst ohne Gewerkschaften, Arbeitnehmerrechte und umfassende Sozialversicherungen.

Zu diesen Neoliberalen gehört auch eine Gruppe junger Ökonomen, vornehmlich an der schottischen St. Andrews University. Sie entwirft einen Plan, um staatliche Dienstleistungen zu privatisieren. Während alte und neue Rechte Randfiguren bleiben, schaffen es die Neoliberalen ins Zentrum der Macht: Margaret Thatcher, 1979 zur britischen Premierministerin gewählt, setzt ihre Konzepte in den Achtzigern im Vereinigten Königreich ohne Rücksicht auf Verluste durch – und wird damit zur globalen Trendsetterin.

In Deutschland kommt diese marktradikale Ideologie mit Wucht erst später an, mit Agenda 2010 und Hartz IV. Die Wiedervereinigung gibt zunächst noch einmal der alten Rechten Auftrieb. Wobei ihre mörderischen Schläger alles andere als alt sind. Die Neonazis, wie diese jungen Polit-Hooligans titulierte werden, morden in den Neunzigern in gezielten Anschlägen: Mölln 1992, Solingen 1993, Lübeck 1996, um nur die bekanntesten zu nennen. Sie terrorisieren und verletzen Migranten – in Hoyerswerder 1991, in Rostock-Lichtenhagen 1992 und andernorts.

Risse im kosmopolitischen Selbstbild

Die Zivilgesellschaft ist schockiert und reagiert. Nach dem Anschlag in Mölln bilden etwa in München 400.000 Menschen eine Lichterkette, in Berlin gehen 300.000 Menschen gegen tödlichen Hass und Rassismus auf die Straße. Die Politik steckt Geld in Aussteigerprogramme für Neonazis, in Bildungsprojekte. Ab Ende der Neunziger scheint die rechte Welle abzuebben. Ein Trugschluss, Hetzjagden und Morde gehen dennoch weiter, aber sie werden zunehmend als statistische "Einzelfälle" behandelt. Immer wieder wird darüber gestritten, ob die Täter überhaupt aus rechter Gesinnung gehandelt haben. Polizei und Gerichte bagatellisieren die Taten.

Mitte der 2000er Jahre macht sich in der deutschen Gesellschaft das Gefühl breit, der rechte Spuk des vorherigen Jahrzehnts sei insgesamt doch erfolgreich eingedämmt, wenn auch nicht beseitigt worden. Zumal auch die rechten Parteien, NPD, Republikaner und DVU, immer wieder nach einer Legislaturperiode aus den Landtagen gewählt werden. Zu unappetitlich, aber auch zu unprofessionell sind ihre Auftritte im parlamentarischen Betrieb. Und im schlimmsten Fall sind da ja die zahlreichen Antifa-Gruppen und Antirassismus-Initiativen, die sich unverdrossen immer wieder rechten Aufmärschen entgegenstellen. Das "Sommermärchen" von 2006, als die kosmopolitische Stimmung bei der Fußball-WM in Deutschland von einer erstaunten Weltpresse gefeiert wird, wiegt ein ganzes Land in falscher Sicherheit.

Das böse Erwachen folgt später. Der SPD-Politiker Thilo Sarrazin veröffentlicht 2010 das Buch "Deutschland schafft sich ab", eine Kampfschrift gegen Migration und die multikulturelle Gesellschaft – die sich sage und schreibe 1,5 Millionen Mal verkauft. Die gewaltige Resonanz zeigt, dass unter der kosmopolitischen Oberfläche antimigrantische Ressentiments in einem Ausmaß gedeihen, das beunruhigend ist. Sarrazin wird zwar in der Folge von der gesellschaftlichen Mitte geächtet. Aber seine kruden Thesen verfangen und bleiben. "Mit der

Auseinandersetzung um Sarrazin waren die Hemmschwellen fraglos gesunken", stellt der Hamburg Historiker Volker Weiß in seinem äußerst lesenwerten Buch "Die autoritäre Revolte" fest.

Ein Jahr später, 2011, wird der [Nationalsozialistische Untergrund NSU](#) enttarnt: Zwischen September 2000 und April 2006 hat er unerkannt neun Migranten umgebracht. Was von einigen Medien als "Döner-Morde" verunglimpft wurde, entpuppt sich als neue Dimension eines Rechtsterrorismus, den die Polizeibehörden sich offenbar jahrelang nicht zusammenreimen wollten. Stattdessen folgten sie in Sonderkommissionen mit Namen wie "SoKo Bosphorus" unappetitlichen Klischees über Kriminalität in migrantischen Milieus. Es kommt noch schlimmer: In die NSU-Szene sind auch V-Leute von Verfassungsschutzämtern verwickelt, und bald werden in Innenministerien Akten geschreddert. Das hessische Innenministerium sperrt seine NSU-Akten für 120 Jahre – das hat es noch nie gegeben. Es ist unübersehbar: In Deutschland brodelt etwas Unangenehmes. Das Selbstbild einer modernen kosmopolitischen Republik bekommt Risse.

Ein letztes Mal erstrahlt es in hellem Glanz im Sommer 2015. Hunderttausende Kriegsflüchtlinge aus Syrien sind durch Südosteuropa bis nach Deutschland gezogen. Und werden von ebenso vielen Bundesbürgern mit offenen Armen empfangen. Eine Welle der Hilfsbereitschaft geht durchs Land. Angela Merkel sagt am 31. August 2015 den berühmtesten Satz ihrer Amtszeit: "Wir schaffen das." Im Politbarometer vom 11. September 2015 halten noch zwei Drittel der Bundesbürger diese Entscheidung für richtig.

2015 – das Jahr, das alles verändert

Das andere Drittel hingegen polemisiert heftig gegen die Geflüchteten, ihre Helfer und natürlich Angela Merkel. Schon am 12. September verkünden die Innenminister der Länder, die Aufnahmekapazität sei erschöpft. Am folgenden Tag setzt die Bundesregierung wieder Grenzkontrollen in Kraft. Am 14. September springt die deutsche Wirtschaft auf den Anti-Flüchtlings-Zug auf. Die Wirtschaftsverbände BDA, BDI, DIHK und ZDH warnen in einer gemeinsamen Stellungnahme: „Das Asylsystem in Deutschland darf jedoch nicht überfordert werden.“

[Die Stimmung kippt.](#) Und eine Partei steht bereit, den Unmut aufzusaugen: die AfD, die selbsternannte Alternative für Deutschland.

Zwei Jahre zuvor von dem Hamburger Ökonomen Bernd Lucke während der europäischen Schuldenkrise gegründet, gilt sie als Anti-Euro-Partei. Mit ihrem Programm steht sie in der Tradition des Neoliberalismus. Lucke ist allerdings im Sommer 2015 als Parteichef abgewählt worden. Die Neue Rechte übernimmt.

Ihre Vordenker Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek haben seit den 1990ern beharrlich ein [Netzwerk](#) aus Thinktanks, eigenen Medien und Aktivisten der "Identitären Bewegung" geknüpft. Mehr noch: "Die Neue Rechte hatte schon längst eine ausgearbeitete Weltanschauung und musste diese nur noch an die erregten Massen weiterreichen", sagt Volker Weiß. Die erregten Massen sind als "Pegida" – "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands" – bereits seit einem Jahr auf der Straße. Sie umtreibt ein angeblicher "Großer Austausch" der Bevölkerung, den "die da oben" geplant hätten – ein Begriff, den der neurechte französische Philosoph Renaud Camus 2011 mit seinem gleichnamigen Buch geprägt hat. Kubitschek hält flammende Reden auf den Aufmärschen. Die AfD wird nun zum parlamentarischen Arm von Pegida.

Liegt die AfD im August 2015 in bundesweiten Umfragen noch bei drei bis vier Prozent, klettert die Zustimmung bis Jahresende auf zehn Prozent. "Die Flüchtlingskrise war Sauerstoff für den radikalen Flügel der AfD", sagt Uwe Backes, Totalitarismus-Forscher an der TU Dresden. 2017 zieht sie mit über 14 Prozent in den Bundestag ein. Inzwischen hat sie ein bundesweites Wählerpotenzial von 25 Prozent, in östlichen Bundesländern gar von 35 Prozent.

Aktuelle Studien zeigen, dass der Anteil der Deutschen mit "geschlossen rechtsextremem Weltbild" nach wie vor bei [acht Prozent](#) liegt. Die AfD scheint also noch andere Menschen anzusprechen. "Die AfD ist kein Neuaufguss der NPD – sie ist ein neues Phänomen", sagt Backes. Anders als bei herkömmlichen rechten Parteien sei Antisemitismus nicht der Kern ihrer Programmatik, die AfD verteidigt sogar das Existenzrecht Israels. Mit ihrer Doppelspitze ähnelt ihre Parteistruktur eher den Grünen. Die AfD kommt im Unterschied zur altbackenen NPD modern und scheinbar gemäßiger daher. "Die AfD wurde unterschätzt und fälschlicherweise als Rechtspopulismus" verbucht", sagt der Politikwissenschaftler Claus Leggewie, der rechtsextreme Tendenzen in der Bundesrepublik seit langem untersucht.

Was tun gegen Rechts?

Die AfD bündelt die drei Stränge der vergangenen Jahrzehnte: die völkischen Altrechten, die Migrationsphobie der Neue Rechte und den neoliberalen

Abscheu vor einem starken Sozialstaat. Gleichzeitig versteht sie es, sich als Partei gegen das Establishment der Republik zu inszenieren, gegen einen "linksgrünen" Zeitgeist, gegen die kulturelle Vielfalt der globalisierten Gesellschaft.

Genau deshalb kommt man ihr allein mit Massendemonstrationen, wie sie in den letzten Wochen in vielen Städten stattgefunden haben – und so richtig sie sind –, nicht bei, darin sind sich alle Fachleute einig. Ebenso wenig mit einer Verteufelung ihrer Wähler.

Der Kasseler Politikwissenschaftler Philipp Rhein hat lange Interviews mit AfD-Wählern geführt. "Zentrales Charakteristikum ist eine nihilistische Wut. Sie entzündet sich an einem Unvermögen, sich eine Zukunft vorzustellen", [sagt er in der taz](#). Auch [andere Studien](#) belegen eine tiefe Verunsicherung, ausgelöst durch eine Kaskade von Krisen, mit der Finanzkrise 2008 am Anfang: Schuldenkrise, Flüchtlingskrise, Pandemie, Inflation, steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten. "Die falschen Antworten der Rechten widerlegen nicht die realen Probleme, mit denen die Menschen heute konfrontiert werden", sagt Volker Weiß.

Wer diese Menschen gewinnen will, muss ihnen eine andere Zukunft zeigen als die AfD. Genau hieran hapert es bislang.

Die Parteien der Mitte folgen auch in Deutschland der neoliberalen Maxime, es müsse weiter gespart werden, der Gürtel müsse noch enger geschnallt werden. An eine Entlastung der Menschen mit geringerem Einkommen und ohne Vermögen hat sich seit 20 Jahren keine Regierung herangetraut. "Die gemäßigten Parteien müssten jetzt von den Leistungsstarken der Gesellschaft offensiv und respektvoll Verantwortung einfordern", sagt Nicole Deitelhoff. Verantwortung bedeutet: einen substantiellen Teil zur sozial-ökologischen Transformation, die der Klimawandel nötig macht, beitragen.

Es rächt sich auch, dass die Bundesrepublik es bis heute nicht geschafft hat, vier Generationen von Migrant*innen das Gefühl zu vermitteln, willkommen zu sein. Zwar mahnte auch die Wirtschaft immer wieder, Deutschland mangle es an Fachkräften, Einwanderung sei dringend notwendig. Doch das Ankommen blieb sie bürokratisch und kalt wie immer. Ganz zu schweigen von Hunderttausenden Kindern migrantischer Eltern, die in Deutschland geboren sind und nicht automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Migrant*innen blieben Bürger zweiter Klasse. Der Politikwissenschaftler Roland Roth bescheinigte in einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung 2013 Deutschland denn auch "ein

technisch managerielles Integrationsverständnis" und stellte fest: "Bislang gibt es auf Bundesebene keine einheitliche emphatisch-werbende Willkommenshaltung."

"Das Thema Einbürgerung wurde seit Anfang der 2000er Jahre immer wieder vertagt", sagt Fabian Virchow, Soziologe und Rechtsextremismus-Forscher an der Hochschule Düsseldorf. Mit handfesten Konsequenzen: In einer Großstadt wie Hamburg dürfen etwa 16 Prozent der Stadtbevölkerung¹ nicht an Bürgerschafts- oder Bundestagswahlen teilnehmen, obwohl sie dort leben, arbeiten und Steuern zahlen und häufig sogar dort geboren sind. Menschen mit Migrationsgeschichte bleiben bislang von politischer Teilhabe im großen Stil ausgeschlossen. "Aber die Zeiten sind vorbei, in denen ein Staatsvolk vor allem ethnisch definiert wurde", sagt Virchow. Immerhin hat die Ampel-Koalition im Januar das lange überfällige neue Einwanderungsgesetz verabschiedet. Ob die nun hoffentlich folgenden Einbürgerungen die Wahlen in diesem Jahr noch positiv beeinflussen können, ist allerdings völlig unklar.

Einige Parteien der Mitte haben versucht, der AfD in der Debatte um Migration oder "Sozialstaatsmissbrauch" Stimmen wegzunehmen, indem sie selbst schärfere Töne angeschlagen haben. Diese Strategie, den politischen Gegner zu kopieren, hat sich jedoch nie in mehr Wählerstimmen niedergeschlagen. Das zeigen etliche Studien, [zuletzt haben dies Wissenschaftler aus Oxford und aus Wien für sozialdemokratische Parteien in Europa gezeigt](#). Wann immer die es mit ökonomischer Strenge, etwa Kürzungen im Sozialsystem, versuchten, verloren sie Wähler. Diese "Kopier-Strategie" darf getrost für gescheitert erklärt werden.

Auf schrille Töne im Kampf gegen rechts sollten die Parteien der Mitte ebenfalls verzichten. "Diffamierungen sind das Kennzeichen der Rechten", sagt Nicole Deitelhoff, die das Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt leitet. "Diesen Stil darf man nicht übernehmen, das ist für mich zentral." Wer für Demokratie einsteht, müsse in der Auseinandersetzung bei den Fakten bleiben. Was allerdings im Zeitalter von Fake News und hochnervösen sozialen Medien leichter gesagt als getan ist.

Der Politikwissenschaftler Richard Gebhardt, in der politischen Erwachsenenbildung tätig, empfiehlt, den "Wahrheitskern der AfD" anzusehen. Den findet man allerdings nicht in ihrem Grundsatzprogramm, das sich eher wie

¹ Meine eigene Recherche vor der Bürgerschaftswahl 2020 anhand von Daten des Statistischen Amtes, siehe auch www.instagram.com/p/B8wOuulIDUr/

ein Remix aus rechtskonservativen, neoliberalen und sogar vereinzelt sozialdemokratischen Forderungen liest. Das Manifest des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Kraus, "Politik von rechts", ist da schon aufschlussreicher.

"Die rechte Idee ist eine Ordnung, die aus der Tradition wächst und mit der Natur im Einklang steht. Wir akzeptieren, was wir sind, geworden durch Prägung, Erziehung und Biologie", schreibt Kraus zu Anfang. [Was das konkret bedeutet, wird im Verlaufe des Buches klarer](#): "natürliche" Intelligenzunterschiede zwischen Ethnien – Europäer sind intelligenter als etwa Afrikaner –, die Familie und nicht die Gesellschaft als Solidargemeinschaft, Gewerkschaften als ökonomische Schädlinge, Abbau des Sozialstaats – und natürlich "Remigration", also Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte. Die "Remigrationsphantasien" sorgten im Januar für den Aufschrei der Zivilgesellschaft. Kraus' Buch war allerdings schon im Sommer 2023 erschienen.

Vom Thüringer AfD-Spitzenkandidaten Björn Höcke sind seit Jahren vergleichbare Aussagen dokumentiert. Der Kopf der Identitären Bewegung, Martin Sellner, der im November 2023 beim Potsdamer Treffen der Rechten die "Remigrations"-Pläne skizzierte, schrieb bereits 2016: "Der »Große Austausch« hat die ethnokulturelle Substanz unserer Länder ausgehöhlt." Vorbild für Sellner ist die "illiberale Demokratie", die Viktor Orbán in Ungarn installiert hat, und sein Text ist vielsagend mit "Von Ungarn lernen" betitelt. Wer genau in die Traktate und Reden von AfD-Spitzen und Neuen Rechten hineinschaut, entdeckt eine Menge völkisches Gedankengut.

Dass der Schock über dieses Gedankengut nun so tief sitzt, liegt auch daran, dass die Deutschen nach den falschen Zeichen Ausschau gehalten haben – sie waren vor der alten Rechten, den klassischen Faschisten auf der Hut. Wer "Nie wieder Faschismus!" rief, assoziierte mit Faschismus vor allem Bilder von Schlägertrupps der SA, von uniformierten Nazis mit Hakenkreuzbinde am Arm. Die AfD entspricht diesem Bild äußerlich überhaupt nicht. Innerlich allerdings immer mehr.

"Die demokratische Zivilgesellschaft hat gepennt", fasst Claus Leggewie es kurz und knapp zusammen. Wach ist sie nun. Folgen muss für Leggewie nun ein breites Antifaschismus-Bündnis, und das sollte nicht nur demonstrieren gehen. Sondern: weitere investigative Recherchen, großflächige Plakatkampagnen starten, massiv in den sozialen Medien intervenieren- bislang keine Stärke der etablierten Parteien –, mehr Demokratie wagen über Bürgerräte, eine gute

Klimapolitik anschieben, die 16-18-jährigen Neuwähler für die Europawahl mobilisieren, die Brandmauer in den Parlamenten aufrechterhalten – hier sieht er vor allem die CDU in der Pflicht. Insgesamt: "Die ganze Arbeit gegen rechts muss viel professioneller werden", so Leggewie.

Kaum jemand, der in den letzten Wochen auf der Straße gegen rechts war, wird dem widersprechen wollen. Entscheidend ist wohl, ob die Zivilgesellschaft genug Energie und Disziplin aufbringen kann und ob die gemäßigten Parteien sich taktischer Scharmützel für kurzfristige Punktgewinne enthalten können. Sicher ist indes, wie es Volker Weiß formuliert: "Gewaltige Anstrengungen werden dafür nötig sein, denn es ist kein Naturgesetz, dass die Seite der Emazipation gewinnt."

nbo, 23.1.2024